

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 67 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1078 und 1282. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpragis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Gehms, Berlin D 27,
Magazinstr. 67/II (Königsplatz 1006), zu richten — Bezug
nur durch die Post Grundpreis monatlich 2 Mk mit Schlüsselzahl
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgepaaltene Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Schwangere Zeit. — Die Textilwirtschaftskrise. — Unter-
nehmertum und Arbeiterschutz. — „Erüber von links!“
— Aus der Textilarbeiterbewegung. — Volkseigenschaft und Achtfundent-
tag. — Jugendbewegung. — Literatur. — Berichtigung. — Anzeigen.

Schwangere Zeit.

Auf der Bühne der deutschen Innenpolitik steht ein Sarg und eine Wiege. Um den Tod des alten Reichstags und um die Geburt des neuen freist rätselhaft die politische Diskussion. Gewiß ist das eine, daß die allernächste Zeit parlamentarische Veränderungen bedeutender Art in ihres Kleides Falten birgt.

Der alte Reichstag hat sich in feststägiger Aufmachung und mit weihvoller Miene vor fast vier Tagen aufs Sterebett gelegt. Ein frühes Ende war ihm zwar schon angefangen, als er 1920 neugeboren in das Düstere unferer Tage sprang. An halbbrüderlichen Situationen hat es in der Zwischenzeit für ihn nicht gefehlt, und es gab Augenblicke, wo auf sein Fortleben keine zwei Semeln gemettet wurden. Doch teilt er das Schicksal vieler oft totgelegter Leute. Er durchschritt seine normale Daseinsbahn bis in unmittelbare Nähe des natürlichen Schlüsselpunktes. Jetzt aber, dicht vor dem Ende seiner verfassungsmäßig festgesetzten Lebenszeit, scheint ihm die Parze den Lebensfaden durchschneiden zu wollen. Die Parze trägt hier das weniger schreckhafte Gesicht des sonst friedfertigen katholischen Rechtsgelehrten Marx, der als Liebergangsfänger einer Verlegenheitsregierung diesem müden Reichstag einmal politisch zeigen will, wo Barbel den Rost haßt. Der Minderheitsregierung Marx waren gegen Ende des vorigen Jahres aus einer ganzen Reihe von ernstlichen Gründen überaus weitreichende befristete Vollmachten zur raschesten Abwehr schwerster Gefahren für Wahrung und Finanzwirtschaft gegeben worden. Vollmachten von gewissermaßen diktatorischem Charakter. Die Geltungsdauer dieser Vollmachten war um die Mitte Februar abgelaufen, die natürlichen Rechte des Reichstags traten wieder in Wirksamkeit. Vor allem das Recht, die von der Regierung Marx auf Grund dieser Vollmachten geleisteten Arbeiten nachzuprüfen und, wo nötig, zu korrigieren oder aufzuheben!

Das Kabinett Marx hat aber am Regieren ohne Reichstag so großen Gefallen gefunden, daß es sich die Annehmlichkeiten eines solchen Zustandes in etwas veränderter Form noch für längere Zeit erhalten will. Es geht bei der Diktatur wie mit anderen Dingen. „Wer einmal von dem Götterfisch getrunken, kann nimmer nüttern auf dem Marke stehn!“ Die Regierung Marx verlangt von den Parteien des Reichstags, auf das ihnen im Ermächtigungsgesetz zugesandene Recht der Revision und Aufhebung von erlassenen diktatorischen Verordnungen zu verzichten. Sie weigert sich sogar, auch nur die sachlichen Beratungen solcher Abänderungs- und Aufhebungsanträge zu dulden. Sie droht, eine etwaige Widerpenflichkeit des Reichstags mit der Auflösung dieses Reichstags zu bestrafen. Damit ist eine vollkommene Verdrängung der Rollen offenbar geworden. Am Anfang dieses Reichstags bemühten sich die jeweiligen Regierungen um das Wohlwollen und um eine Mehrheit der Volksvertretung, am Ende der Gesetzgebungsperiode aber tritt eine Minderheitsregierung der Volksvertretung mit drohender Geste als Gebieter gegenüber. Auch ein Merkmal der inneren Umschichtung, die sich in der Zwischenzeit in Deutschland vollzogen hat.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat auf breiter Front einen großen Teil der unter dem Ermächtigungsgesetz geborenen Verordnungen angegriffen. Auch alle anderen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, haben Abänderungsanträge gestellt. Während aber die Anträge der Regierungsparteien nur Bruchstücke für das wahl-agitorische Schaufenster sind — denn diese Parteien besetzen nicht auf Behandlung und Erledigung ihrer eigenen Anträge —, hat die Sozialdemokratie gezeigt, daß es ihr mit ihrem Vorstoß gegen die Regierung bitterer Ernst ist. Sie ließ sich von der Auflösungsdrohung der Regierung nicht einschüchtern und hat auf die Erledigung ihrer Anträge beharrt. Die Regierung erklärte wiederholt feierlich, daß dies der Konfliktfall sei, der den jetzigen Reichstag erschlagen wird. Und darum harret der Reichstag, versehen mit den Sterbesakramenten heftiger Vorwahlen, resigniert seines Endes.

Möglich, daß die Regierung — überrascht und verstört durch den schroffen Widerstand der Sozialdemokratie — ihre Taktik noch einmal ändert. Auch sie weiß, in welch gewaltigem Umfang eine vor der französischen Kammerwahl stattfindende deutsche Wahl Wasser auf des bdrängten Poincarés Mühle leiten kann, wenn diese deutsche Wahl deutschnational-politische Erfolge bringt. Möglich, daß das Kabinett Marx auch wegen der dringend notwendig gewordenen Vorbereitungen der Goldnotenbank Bedenken davor bekommt, durch sofortige Auflösung des Reichstags dringende gesetzgeberische Arbeiten auf anderthalb Monate zu unterbrechen. La die arbeitenden Massen aber nicht bereit sind, den Beginn des akuten Kampfes um die Zusammenfassung des neuen Reichsparlaments den Ermüdungen des Herrn Marx zu überlassen, deshalb machen sie jetzt klar zum Gesicht!

Eine Erörterung der Ursachen des Konfliktes zwischen Sozialdemokratie und Regierung ist wirksame Agitation für die Sozialdemokratische Partei. Was fordert die Sozialdemokratie in ihren Anträgen? Dinge, die nicht nur im ureigensten Interesse der arbeitenden Klasse und der Gewerkschaften, sondern darüber hinaus im Interesse der inneren Konsolidierung Deutschlands liegen. Sie will durch ihre Anträge den deutschen Wähler in seiner Eigenschaft als Produzent, als Lohn- und Gehaltsempfänger, als Mieter, als Steuerzahler, als Kleinrentner schützen. Sie zeigt durchaus gangbare Wege die mit Erfüllung ihrer Anträge verbundenen finanziellen Ausfälle oder Mehraufwendungen des Reichs aus anderen Quellen zu decken. Denn keine Partei in Deutschland hat so klar die Gefahren einer neuen Inflation erkannt und bekämpft wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Von dieser ihrer politischen Linie wird die Sozialdemokratie nicht abweichen und sie wird in aller Nähe die Entscheidung der Wähler in diesem Konflikt erwarten.

Wenn die Regierung unter den Parolen, die dieser Konflikt aufleuchten läßt, den Wahlkampf wagt, so zeigt das nur, welche verfliegene Hoffnungen sie auf die inneren Differenzen in der Arbeiterbewegung setzt und wie sehr den bürgerlichen Parteien die Freude über die proletarischen Niederlagen in Sachsen, Thüringen und Westfalen in den Kopf gestiegen ist. Daß diese Niederlagen keine Überlegung der sozialistischen Idee sind, sondern auf die bekannten äußeren Umstände zurückzuführen werden müssen, ist den Kundigen vollkommen klar. Wir als Gewerkschafter und Sozialisten können diese uns ungünstigen Umstände zwar nicht einfach beseitigen, aber wir können sie zu einem gewissen Teil durch entschlossene Gegenwirkung paralisieren. Eine gewichtige Rolle im Niedergang der Arbeitermacht spielt freilich die

kommunistische Agitation. Diesen ungünstigen Faktor im Wahlkampf auszuhalten ist nicht möglich, es bleibt nichts anderes übrig, als dieser Agitation entgegenzutreten und im übrigen abzuwarten, bis sie sich überschlägt und an der schließlich doch kommenden Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland zerschellt. Als eine zweite sehr bedeutende Schwachquelle in den neueren Wahlkämpfen hat sich die Frau als Wählerin erwiesen. Die mehr stimmungsartig urteilende und handelnde Frau hat großen Anteil an den letzten Wahlsiegen der deutschen Reaktion. Im Deutschen Textilarbeiterverband sind ungefähr vierhunderttausend Arbeiterinnen organisiert. Diese kommen mit weiteren Hunderttausenden ihrer Geschlechts- und Berufsgenossinnen in tägliche Berührung. Unsere Aufgabe liegt hier offen. Die organisierte deutsche Textilarbeiterschaft kann viel, sehr viel dazu tun, das anhebende Ringen um die Zusammenfassung des höchsten deutschen Parlaments zu einem Tag herber Enttäuschung der Feinde zu machen, einem Tag stolzer siegreicher Verteidigung der Position unserer Klasse.

Die Textilwirtschaftskrise.

Die ersten Berichte von der Leipziger Messe beklagten fast durchweg den hohen Preisstand der deutschen Erzeugnisse. Insbesondere wurde auf der Textilmesse, die übrigens einen bisher noch nirgends erreichten Umfang aufweist, festgestellt, daß die deutschen Preise 20 bis 30 Proz. über den Weltmarktpreis liegen. Ein Meier Hemdenstück mittlerer Qualität, das im Frieden 22 bis 35 Goldpfennig gekostet hatte, soll jetzt mit 70 bis 95 Pfennig bezahlt werden, während England daselbe mit 50 bis 65 Pfennig zu liefern vermag. Es ist selbstverständlich, daß kein Ausländer in Deutschland kauft, wenn er auf anderen Märkten billiger beliefert wird. Er wird es um so weniger tun, als das Ansehen der deutschen Textilindustrie in den letzten Jahren im Ausland zweifellos schweren Schaden gelitten hat. Der Glaube an die Vertragstreue der deutschen Fabrikanten ist im Ausland teilweise stark erschüttert; dieses Mißtrauen hat sich eingestellt auf Grund nicht mustergetreuer Lieferung, nachträglicher Änderungen der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen und Ueberstreichungen der beim Kaufabschluß vereinbarten Liefertermine. Außerdem sind die deutschen Fabrikanten infolge ihrer Betriebskapitalknappheit nicht in der Lage, langfristige Kredite einzuräumen; sie wollen bares Geld oder doch Bezahlung nach 30 Tagen.

Rum haben freilich in der letzten Zeit deutsche Textilfabrikanten trotz der Ungunst der Verhältnisse Geschäfte mit dem Ausland abgeschlossen. Dabei kam es jedoch zu ganz unerfreulichen Erscheinungen. Es stellte sich nämlich heraus, daß die Exportverkäufe zu Preisen durchgeführt wurden, die bis über ein Drittel unter den deutschen Inlandspreisen lagen und sich den Weltmarktpreisen angepaßt hatten. Es liegt hier echtes Dumping vor; daß sich die deutsche Textilindustrie zu solch schmutzigen und verrufenen Geschäftstücken herbeiließ, gereicht ihr sicherlich nicht zum Ruhm.

Die Fabrikanten begründen ihre hohen Inlandspreise mit „hohen Weltmarktpreisen für Baumwolle“, mit ihrem Mangel an Finanzreserven, der ihnen verbiete, zu den Krisenpreisen auf dem Weltmarkt, die Verlustpreise seien, zu verkaufen. Verwunderlicherweise werden auch die hohen Lohnkosten für die überhöhten Textilpreise verantwortlich gemacht. Es wird behauptet, daß in wichtigen Textilbezirken die Lohnbelastung des Produkts gegenüber der Vorkriegszeit um 40 Proz. und darüber gestiegen sei. Die deutsche Industrie habe nachweislich ganz wesentlich höhere Lohnaufwendungen für die Produkte zu machen als etwa Frankreich oder die Tschechoslowakei.

Gerade dieser Einwand der Textilindustriellen scheint geeignet zu sein, den schärfsten Widerspruch herauszufordern. Es wird keinen Textilarbeiter geben, der sich nicht berechtigt fühlt, seine Arbeitgeber der Irreführung der öffentlichen Meinung bezichtigen zu dürfen. Aber nicht nur die unmittelbar Interessierten, die Textilarbeiter, weigern sich, den Vorbringungen der Textilfabrikanten Glauben zu schenken; weite Volksschichten schließen sich hier den Auffassungen der Textilarbeiter an. Ein bemerkenswerter Vorgang, der sich in der ersten Hälfte des Februar in Immenstadt im Allgäu abgespielt hat, verdient in diesem Zusammenhang die allgemeine Aufmerksamkeit. In Immenstadt befindet sich die Hanfwerke Immenstadt A.-G., die etwa 1200 Arbeiter beschäftigen. Vollbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich gezwungen, sich an die Armenfürsorge mit der Bitte um Unterstützung zu wenden, da ihr Lohnkommen weit hinter dem Existenzminimum zurückblieb. Der Stadtrat, der eine bürgerliche Mehrheit besitzt, untersuchte den Sachverhalt und ergriß einstimmig die Partei der Arbeiter. In einer Eingabe an das bayerische Innenministerium führte der Stadtrat u. a. aus: „Die Löhne betragen zurzeit von 25 Pf. bis 32 Pf. pro Arbeitsstunde. Selbst bei 48stündiger Arbeit kommt infolgedessen im Durchschnitt ein Lohn von 14 Mk. pro Woche in Frage. . . . Es muß mit einem Mindestaufwand von 20 Mk. pro Woche gerechnet werden. Diesen Verdienst hat aber kein einziger der in der Fabrik angestellten Arbeiter.“ Die Stadt ist unter keinen Umständen in der Lage, die vollbeschäftigten Fabrikarbeiter auf die Armenkasse zu übernehmen. Es muß daher von den zuständigen Stellen erwartet werden, daß die Tariflöhne in der Textilindustrie so geändert werden, daß den Arbeitern ein einigermaßen auskömmliches Dasein gewährleistet ist.“

Dieses Schreiben wurde auch den Hanfwerken zugesandt. Deren Antwort war groß und polternd; sie schelten auf die Gewerkschaften und bezichtigen die Darstellung des Stadtrats Immenstadt als einseitig und sozialistisch orientiert. Lohnhöhungen werden abgelehnt; es heißt: „Höhere Löhne zu tragen, ist unter den heutigen Verhältnissen für die südbayerische Textilindustrie wirtschaftlich nicht möglich, zumal die gegenwärtig zuständigen Löhne im allgemeinen bereits auf der Höhe der Vorkriegszeit sich bewegen, also nicht einmal den in sonstigen erwerbstätigen Zweigen der Bevölkerung üblichen „Entbehrungsfaktor“ enthalten.“ Dem Stadtrat Immenstadt wird in übel angebrachter Ironie empfohlen, dafür zu sorgen, daß die kleinen Geschäftsleute eine richtige Preisentung „bis zum Konsumenten“ durchführen.

Der bürgerliche Stadtrat gab jedoch keineswegs klein bei. Er wies den unziemlichen Ton zurück, den die Hanfwerke angeschlagen hatten, und deutete nochmals mit allem Nachdruck auf den grotesken Zustand hin, daß die Stadt angegangen werde, die Armenlisten für Vollerwerbstätige zu tragen. Der Finanzreferent berechnete, daß ein Stundenlohn von 40 Pf. nötig sei, nur um die Höhe des Existenzminimums zu erreichen. Gleichzeitig wurde mit Recht betont, daß die niedrigen Löhne eine Verödung des Geschäftsverkehrs überhaupt herbeiführen müssen; der kleine Geschäftsmann hat keine Kunden mehr; die Stadt, die keine Gewerbesteuer empfängt, steht trauernd und leidend daneben.

Gelegentlich einer Protestdemonstration der empörten Arbeiterschaft kam es zu heftigen Austritten im Bureau des Fabrikdirektors. Eine Anzahl von Arbeitern wurde daraufhin in Strafverfolgung genommen. Während der Gerichtsverhandlung erklärte der Vertreter des Immenstadter Bürgermeisters: „Eine Familie mit mehre-

ren Kindern sei es unmöglich gewesen, mit dem zu Gebote stehenden Arbeitsverdienst durchzukommen.“ Der Staatsanwalt bemerkte: „Die objektive Gerechtigkeit erfordert die Feststellung, daß die Löhne der Arbeiter allerdings völlig unzulänglich waren. . . . Beim Strafmaß ist die begreifliche Erregung der Arbeiterschaft über den unzureichenden Lohn zu berücksichtigen.“

Man denke: das geschah in Bayern, in einem Lande, in dem für gewöhnlich die Arbeiterschaft stets die Behörden gegen sich hat. Wie grauenvoll muß die Verelendung der Arbeiterschaft sein, wenn sogar bayerische Staatsanwälte und bürgerliche Bürgermeister ein menschliches Röhren verspüren! Ist da der Hinweis der Fabrikanten auf die „hohen Lohnkosten“ nicht bare Heuchelei?

Aber vielleicht steckt in den „hohen Lohnkosten“ der Fabrikanten doch ein berechtigter Kern? Es ist erforderlich, zu erkennen, daß es bei den Löhnen nicht auf die nominelle Höhe ankommt, sondern auf die Kaufkraft, die ihnen innewohnt. Angesichts der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung ist es nicht erlaubt, einen „Entbehrungsfaktor“ beim Vorhandensein der Vorkriegslohne zu vermissen. In Rücksicht auf die Kaufkraft der Textilarbeiterlöhne steht unbestreitbar fest, daß sie zu niedrig sind. Es läßt sich mit ihnen nicht leben und nicht sterben. Nun ist es aber sehr wohl denkbar, daß zwar im Hinblick auf das übersteigerte Preisniveau in Deutschland die Arbeiterlöhne weit aus zu niedrig sind, daß aber nichtsdestoweniger unter Berücksichtigung des deutschen Marktkurses in seinem Verhältnis zur Auslandswaluta vom Standpunkt des Weltmarktes aus das deutsche Produkt durch die Lohnkosten viel höher belastet wird als etwa das französische oder tschechoslowakische Produkt. Es rächt sich am Fabrikanten wie am Arbeiter, daß Deutschland das teuerste Land ist.

Dies zugegeben, ist allerdings zu sagen: die Arbeiterschaft, die den Achtfundentag preisgab und darbt wie noch nie, ist aber schlechterdings nicht in der Lage, noch irgendein Opfer zum Zweck der Produktionsverbilligung auf sich zu nehmen. Der Preisabbau muß nunmehr von der Kapitalseite her vorgenommen werden; sinken die Lebenshaltungskosten alsdann um vielleicht 50 Proz., so werden Stundenlöhne von 25 Pf. keine Glendelöhne mehr sein, sie werden im Vergleich zu heute doppelte Kaufkraft haben und keine Notigung mehr bedeuten, durch welche die Arbeiter gezwungen werden, sich an die Armenpflege zu wenden.

Das Mißliche ist freilich, daß das Unternehmertum sich noch nicht entschließen konnte, ernstlich an den Preisabbau heranzugehen und alte Sünden gutzumachen.

Die vergangenen Jahre der Inflation brachten für die deutsche Textilindustrie Hochkonjunktur in einer Zeit, in der die Textilindustrie anderer Staaten von schweren Krisen durchschüttelt war. Die deutsche Textilindustrie hatte sehr wohl die Möglichkeit, Reserven anzuhäufeln. Reserven wurden angehäuft, aber falsch verwendet; sie wurden in kostspieligen Bauten aufgebraucht und in häufig recht ungewinnlichen Einrichtungen festgelegt. Die deutsche Textilindustrie kann für diese Fehler ihrer Finanzpolitik niemand als sich selbst verantwortlich machen. Offen bleibt allerdings die Frage, ob die Textilindustrie nicht schon längst sich hätte organisiert können, um ausländische Betriebskredite und Betriebskapitalien zu erlangen. Hätte sie sich in den Besitz solcher Mittel gesetzt, dann wäre sie in der Lage gewesen, ihren Produktionsapparat voll auszunutzen; sie hätte davon Abstand nehmen können, bei kleinem Umlauf große Gewinnzuschläge machen zu müssen; der große Abfall hätte produktionsverbilligend gewirkt.

Wo wir enden werden, wenn diese Produktionsverbilligung nicht alsbald eintritt, ist nicht abzusehen. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes schwindet gerade infolge der teuren Preise mehr und mehr dahin; daß fast ausschließlich der Vorkriegsanteil gedrückt werden soll, schwächt die Kaufkraft der Bevölkerung katastrophal, nimmt der Industrie das innere Absatzgebiet und vermindert, indem Ersparnisse der Bevölkerung nicht möglich sind, die Entschädigung neuen produktiven Kapitals. Bald kann mit dem Inlandsenergie des Dumping beim Export nicht mehr gedeckt werden; die Folge sind dauernde Ueberweltmarktmarktpreise und damit vollkommene Schrumpfung des Exports. Das bedeutet wieder Verfall der Industrie. Untergang der Arbeiterschaft.

Welch günstige Wirkungen ein systematischer Preisabbau auszuüben vermag, erlebt gegenwärtig Rußland. Der dortige Preisabbau erstreckt sich auf fast alle Handels- und Industriezweige und hat schon begonnen, den Handelsverkehr zwischen Stadt und Land anzuregen und eine Erhöhung der Umsätze herbeizuführen. Die Umsätze an der Moskauer Warenbörse betragen am 1. März noch 1,6 Millionen Goldrubel; am 3. März erreichten sie schon den Umfang von 2,6 Millionen. Mit der Erhöhung der Kaufkraft des Tschermonez hat sich als Nebenwirkung auch eine Besserung seines Auslandskurses eingestellt.

Die Situation für die deutsche — und für die europäische Textilindustrie überhaupt, wird noch durch Entwicklungen in China und Indien verschärft. Der indische Textilarbeiter ist dem englischen gleichwertig, ist diesem aber an Geschick überlegen. China ist das Land niedriger Löhne; die amerikanische Textilindustrie hat damit begonnen, nach China auszuwandern; sie hofft infolge der niedrigen Löhne in China auf eine bessere Kapitalanlage, als sie in Amerika möglich ist. Es ist höchste Zeit, daß die deutsche Textilindustrie gemeinsam mit allen Zweigen der deutschen Industrie auch ungewöhnliche Wege beschreitet, um von ihren viel zu hohen Preisen herunterzukommen; es wäre anders zu befürchten, daß das, was jetzt verfaumt wird, nie wieder gutzumachen ist.

Unternehmertum und Arbeiterschutz.

Der Achtfundentag ist zurzeit durch eine längere Arbeitszeit abgelöst worden. Die Tarifverträge, die eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden vorsehen, sind in der Regel auf 2 bis 3 Monate und einzelne auch auf kürzere oder längere Zeiträume befristet. Die Verlängerung der Arbeitszeit ist durch Schiedssprüche gegen den Willen der Arbeitervertreter festgelegt worden. Das Unternehmertum hat mit Hilfe der Regierung und der Schlichtungsinstanzen seinen Willen durchgesetzt. Mit diesem Erfolg ist jedoch das Unternehmertum noch nicht zufrieden. Das Ziel der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände ist viel weiter gesteckt. Es bekämpft deshalb die Arbeitszeitverordnung, in welcher der Achtfundentag theoretisch anerkannt wird und in deren §§ 5 und 6 die Bestimmung enthalten ist, daß durch Tarifvertrag die Arbeitszeit bis auf 10 Stunden täglich festgelegt werden kann.

In dem offiziellen Organ der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ in Nr. 2 schreibt Dr. Guggenheimer in einem Artikel „Die neue Arbeitszeitverordnung“ u. a. folgendes:

„Der Kern der ganzen Verordnung liegt in den schwerwiegenden §§ 5 und 6. Das Wesentliche dieser Bestimmungen — auf ihre Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden — liegt darin, daß durch Tarifvertrag die Arbeitszeit auf 10 Stunden (siehe § 9) erstreckt werden kann, und daß, wenn in einem Tarifverträge die

Achtung! Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen! Sorgt für die Wahl verbandstreuer Betriebsvertretungen

näheren Bestimmungen über die Arbeitszeit besonderen Vereinbarungen vorbehalten sind, mangels einer solchen Vereinbarung wiederum die oberste Landesbehörde bzw. das Reichsarbeitsministerium die Bestimmungen über die Arbeitszeit treffen kann. Hiermit wird auf Umwegen fast hinterrücks dem ersterbenden Tarifvertrag, dessen Verderblichkeit für die Produktionsvermehrung überall eingesehen wurde, wiederum die Tür geöffnet und ihm eine Bedeutung beigegeben, die er, weil wirkliche Arbeitsleistung hindernd, alienhaltbar zu verlieren begann."

Diese Ausführungen zeigen deutlich, daß es dem Unternehmertum nicht allein darauf ankommt, daß die Arbeitszeit den angeblichen "wirtschaftlichen Notwendigkeiten" entsprechend verlängert wird, sondern, daß auch der Tarifvertrag beseitigt werden soll. Daß die theoretische Anerkennung des Achtstundentages in der Arbeitszeitordnung die Gistdrüsen eines jeden Unternehmers zum Blasen bringt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. In der Praxis läuft der Kampf der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände auf einen unbegrenzten Arbeitstag, die Beseitigung aller Schlichtungsinstanzen und die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingung lediglich durch selbstherrliche Entscheidung des Arbeitgebers hinaus.

Die Unternehmer haben ihr Ziel viel weiter hinausgerichtet, weit über das, was vor dem Krieg bestand. Es dreht sich für die Unternehmer nicht mehr um die Beseitigung der Revolutionserregenschaften der Arbeiterklasse; die Arbeiterklasse soll in Zustände zurückgezwungen werden, wie sie in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bestanden haben. Wenn wir früher an dieser Stelle darauf hingewiesen haben, daß es dem Unternehmertum bei seinen Forderungen auf Beseitigung des Achtstundentages nicht darauf ankommt, daß die Gütererzeugung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft vermehrt wird, sondern darauf, daß die Schranke — Achtstundentag — beseitigt wird, die den Weg zur Verflavung der Arbeiterklasse verlegt, so finden diese Vermutungen in der systematischen Hebe der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände gegen jeden sozialen Schutz der Arbeiterklasse, ihre volle Bestätigung. Nachdem allenthalben die Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus verlängert ist, lüftet man die Maske ein bißchen weiter und schraubt seine Forderungen höher. Nicht der Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse dient die Verlängerung der Arbeitszeit, sondern sie ist zum Kampfmittel der Aufriktion der Unternehmerrückbildung im schlimmsten Sinne des Wortes geworden. Die Bestrebungen zur Beseitigung des Tarifvertrages sind doch gleichbedeutend mit der Verneinung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse und deren Organe bei Festlegung des Arbeitsvertrages. Also die Herbeiführung eines Zustandes, den in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts der verstorbene Scharfmacher Bued in folgenden Worten gefeiert hat: "den Arbeitsvertrag festzulegen ist das alleinige Recht des Arbeitgebers". Dieses ist das Ziel der "Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände".

In Wort und Schrift wird die Deffentlichkeit bearbeitet, um die gesetzgebenden Körperschaften für die Unterstützung dieser Unternehmerrückbildung einzufangen. Der Abbau des sozialen Schutzes der Arbeiterklasse wird als wirtschaftliche Notwendigkeit hingestellt. Gelehrte leisten den Unternehmern Helfersdienste. Dabei wird doch jeder, der einigermaßen Einblick in das Wirtschaftsgetriebe gewonnen hat, zugeben, daß nicht der Achtstundentag, nicht der soziale Schutz der Arbeiterklasse den Wiederaufbau unserer Wirtschaft gefährden, sondern es ist die Kartellpolitik der Unternehmer, die die Wirtschaft in jeder Beziehung festsetzt. Dort liegt der Krebschaden, der unsere Wirtschaft bedroht. Was die Unternehmer als Beweismittel für ihre Behauptungen anführen, ist, wenn man von den schon zurechtgedrehten Worten abliest, völlig wertlos.

In einem Artikel des "Arbeitgeber" Nr. 3: "Was die Arbeitgeber wollen", heißt es:

"Nicht um einen schematischen Zehnstundentag geht unser Ringen, sondern um diejenige Arbeitszeit, die im Interesse der Allgemeinheit zur Erreichung des höchstwirtschaftlichen Ruheeffektes in den einzelnen Industrien und Gewerben notwendig ist."

Nicht Knechtung der Arbeiterklasse unter das Diktat der Unternehmer ist unser Ziel, wenn wir um die Beseitigung des Tarifvertrages und des Tarifzwanges der Bureaucratie ringen, sondern Befreiung und Wirtschaft.

Nicht Lohnverflavung wollen wir, sondern eine Hebung der Kaufkraft der Massen durch Steigerung und Verbilligung der Produktion.

Um unsere Wahrung ringen wir und damit um die zukünftige Freiheit des deutschen Volkes.

Eine freie deutsche Wirtschaft wollen wir, die nur da mächtig sich entfalten kann, wo Kräfte frei sich regen.

Indem die deutsche Wirtschaft dies will, hilft sie die Schuld vom November 1918 sühnen. . . .

"Wenn man so liest, so möchte es leidlich scheinen." Die Ausführungen Dr. Guggenheims, die wohl weniger diplomatisch sind, sind jedenfalls wahrhafter als die offiziellen Ausführungen der Deutschen Arbeitgeberverbände. Die Ausführungen der Unternehmerverbände sind von vornherein auf die Gewinnung der öffentlichen Meinung für die Absichten der Unternehmer eingestellt. Wer aber die Augen offen hat und die Dinge beobachtet, die sich heute im Wirtschafts- und Staatsleben abspielen, der fällt auf die Ausführungen der Arbeitgeberverbände nicht herein. Denn dort sprechen realere Tatsachen eine ganz andere Sprache.

Die Arbeiterklasse wird den Ernst der Situation erkennen und Vorkehrungen zur Abwehr der Unternehmerrückbildung treffen, ehe es zu spät ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation an den Reichstag gelangen lassen, in welcher sie die Regierung befragt, welche Stellung sie zu den Bestrebungen des Unternehmertums einnimmt. Dadurch, daß die Spezialberatungen durch eine vorzeitige Reichstagsauflösung verhindert werden, unterstützt die Reichsregierung die reaktionären Forderungen, die das Unternehmertum stellt. Daß die Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung den Wünschen der Scharfmacher volles Verständnis entgegenbringt, braucht wohl nicht betont zu werden. Der Kurs der deutschen Reichsregierung ist rechts gerichtet.

Regierung und Parlament sind keine geeigneten Stützen für die sozialen Erregenschaften der Arbeiterklasse. Sie gehen verloren, wenn nicht die Arbeiterklasse dem reaktionären Unternehmertum die ganze Kraft, die ihr innewohnt, entgegenzusetzen vermag. Die Grenzen des Schutzes der Arbeiterklasse werden dort aufgehoben, wo die Kraft der Arbeiterklasse verlagert. In dem Ringen der beiden gegenüberstehenden Mächte werden die Rechtsgrenzen gezogen werden. Die Arbeiterklasse muß deshalb bestrebt sein, ihre Kräfte zu sammeln und auf bestimmte Ziele konzentrieren. Sie darf sich nicht in nutz- und ausichtslose Kämpfe, durch welche die Kampfkraft der Arbeiterklasse nur geschwächt wird, einlassen, Kampfmittel und Kampfmittel der Arbeiterklasse müssen zueinander im Einklang gebracht werden. Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Es ist höchste Zeit, jede Revolutionsromantik abzustreifen und mit völliger Nüchternheit auf den Boden der realen Tatsachen zu treten. Die Reaktion ist im Vormarsch. Die Arbeiterklasse befindet sich in der Defensive. Wir sind weit zurückgeworfen worden. Wir glaubten vor Jahren nahe an das Ziel, welches uns als Ideal überschwebte, gekommen zu sein. Wir sind heute wieder recht weit davon entfernt. Deshalb müssen wir unsere Kämpfe auf die Erfordernisse des Tages, ohne auch das große Ziel aus dem Auge zu verlieren, einstellen.

lassen wir uns in Kämpfe ein, bei denen das Ziel zu weit gesteckt ist, dann werden wir weitere Niederlagen erleiden und weiter zurückgeworfen werden, und die Folge ist, daß das Scharfmachertum dann seine Ziele um so leichter durchsetzen kann. Wir sollten doch alle miteinander aus den Kämpfen der letzten Jahre die notwendigen Erfahrungen gesammelt haben. Leider glauben viele Kollegen, daß, wenn die Gewerkschaften nur wollten, dann würde jedes Ziel erreicht. Dem ist nicht so. Im Gegenteil, das Unternehmertum ist gegenwärtig auf der Höhe der Macht. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden.

Unsere Kollegen im Lande sollten diese Tatsachen zu würdigen verstehen. Nicht rätzelnd und schimpfend beseite treten, sondern einfach den Tatsachen ins Auge sehen und dafür rüsten, daß der Vormarsch der Reaktion zum Stillstand kommt. Dies ziemt sich für den Kämpfer. Wir haben alle Ursache, in der Arbeiterbewegung nach größerer Einheit zu streben. Es ist uns nicht gedient damit, daß wir fortgesetzt die Fehler der Bergangenheit aufzählen und die Massen noch weiter auseinanderreiben.

Wir stehen gegenwärtig vor einer recht ernsthaften politischen Situation. Wenn dieses Blatt in die Hände der Leser gelangt, wird jedenfalls der Reichstag der Auflösung verfallen sein. Die Textilarbeiterklasse muß deshalb für die neue Reichstagswahl rüsten. Es steht viel auf dem Spiel. Gelingt es der Reaktion, bei der zukünftigen Reichstagswahl die Arbeiterklasse zu schlagen, dann wird sich die Erwartung der Reaktion in der Gesetzgebung viel stärker auswirken als bisher. Die der Reichstagswahl vorausgegangenen Wahlen in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg brachten für die Arbeiterklasse Niederlagen. Hoffen wir, daß bei den Reichstagswahlen die Niederlagen ausgeglichen werden und daß durch dieselben zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, sich wiederum unter das alte Joch des Unternehmertums zu beugen.

„Brüder von links!“

Kommunisten schlagen einen Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes halbtot und beschlehen ihn.

Es gibt hier und dort Mitglieder unseres Verbandes, die trotz schlimmer Erfahrungen in zahlreichen Fällen noch immer glauben, der kommunistischen Zerföhrungsarbeit könne dadurch Einhalt getan werden, daß den Wünschen der Kommunisten entgegengekommen und auf eine scharfe und kraftvolle Abwehr ihrer Angriffe verzichtet wird. Eine solche Taktik hat stets und überall Schiffbruch erlitten. Die wüßtesten Eggeisse gegen politisch Andersdenkende verüben die Kommunisten bekanntlich dort, wo ihnen das weiteste Entgegenkommen gezeigt wird. Sachsen und Thüringen sind dafür Musterbeispiele. In Sachsen, wo Sozialdemokraten in verantwortlichen Stellen die Kommunisten als „unsere Brüder von links“ bezeichnen und behandeln, haben neulich diese „Linksbrüder“ einen der sozialdemokratischen Partei angehörigen Geschäftsführer unseres Verbandes nach Strauchritzermanier überfallen, halbtot geschlagen und beraubt.

In Delsnig i. B. sind die Kommunisten — dank der besonderen politischen „Temperatur“ in Sachsen — besonders ins Kraut geschossen, und sie tummeln sich besonders lärmend in der dortigen Filiale unseres Verbandes. Am 19. Februar fand die Generalversammlung statt. Von früheren Erfahrungen belehrt, hatte der Geschäftsführer eine Büchertontrolle am Saaleingang angeordnet, um zu verhindern, daß Nichtmitglieder an der Versammlung teilnehmen. Die kommunistische „Initiative des Proletariats“ beseitigte aber diese Kontrolle mit Gewalt, und nun stürmten wilde Haufen von Menschen in den Versammlungsraum und füllten ihn. Gegen den Willen des Geschäftsführers wurden die Wahlen zur Ortsverwaltung vorgenommen. Da die verbandstreuen Kollegen es ablehnten, sich an einer unter solchen Umständen vorgenommenen Wahl zu beteiligen, endete diese Pöbse mit einem glorreichen Kommunistensieg.

Auf der Tagesordnung stand noch die Erörterung von Arbeitszeitfragen. Der Geschäftsführer Kollege Martin referierte hierüber. Die Diskussion wurde zu dem üblichen kommunistischen Getöse. Als Kollege Martin diese Gelegenheit benutzte, um den Schreibhässen den Spiegel ihres verantwortungslosen und für die Arbeiterklasse gemeingefährlichen Treibens vorzuhalten, kannte der „revolutionäre“ kommunistische „Elan“ keine Grenzen mehr. Der eine wollte den Geschäftsführer bloß „sofort zum Tempel hinauswerfen“, der andere war für strengere Maßnahmen und meinte, Martin sei der „größte Verbrecher“ und müßte sofort aufgehängt werden, die Fabrikanten kämen erst in zweiter Linie. Ein dritter pflichtete bei und versicherte, daß dieser Attentat auf den kommunistischen Ruhm „so schnell wie möglich beseitigt werden würde“. Einer trug noch einen Balken zum Schaffot herbei. Es war ein Bericht des sozialdemokratischen Blattes in Plauen, der haarleim erzählte, daß Martin als Mitglied der G. S. P. in einer Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Delsnig von der Parteileitung mehr Material zur Abwehr der kommunistischen Angriffe verlangt habe. Das schlug insgesam dem Fuß den Boden aus, in Loben und Brüllen ging die Versammlung zu Ende.

Der Schlußakt in diesem Moskauer Spiel für die „Einheitsfront“: Auf dem Nachhauseweg wurde der Geschäftsführer Martin im Dunkel der Nacht plötzlich von 8 bis 10 Kerlen umringt und durch einen wuchtigen Schlag auf den Kopf brennungslos zu Boden gestreckt. Darauf schlugen die Helden mit Gummiknüdeln auf den Wehrlosen demütigen ein, daß der Ueberfallene lange Zeit arbeitsunfähig blieb. Damit den „revolutionären“ Strauchrittern aus dieser „Aktion“ auch ein materieller Gewinn wurde, stahlen sie dem Niedergeschlagenen auch die Aktentasche. Als er wieder zu sich kam, setzte ihm einer die Pistole auf die Brust und drohte: Dich Hund schließen wir über den Haufen! Auf einen in der Nähe hörbaren Pfiff hin ließen die Verbrecher von ihrem Opfer ab und suchten das Weite. Ein Kollege, der Martin begleitet hatte, wurde ähnlich behandelt.

Die Täter sind noch nicht ermittelt. Ein Kommentar zu solchen Banditenstreichen erübrigt sich.

Aus der Textilarbeiterbewegung.

Aus der Lausitzer Tuchindustrie schreibt man uns: Durch das getätigte Arbeitszeitabkommen für die Lausitzer Tuchindustrie ist die 48stündige Arbeitswoche beseitigt und an deren Stelle die 48-, 51- und 54stündige gesetzt worden. Es gibt nun Betriebe (vorwiegend Spinnereien), die in zwei Schichten arbeiten, deren Arbeitszeit einschließlich Pausen bisher von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends festgelegt war. Durch das Abkommen fühlen die Textilarbeiter das Bedürfnis, die Doppelschichten auch länger arbeiten zu lassen und stellen das Verlangen an die Belegschaften, bis 11 und 12 Uhr nachts zu arbeiten. In den Spinnereien, wie überhaupt in der Textilindustrie sind vorwiegend Frauen und auch Jugendliche beschäftigt. Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen Frauen über sechzehn Jahre bis 10 Uhr abends beschäftigt werden. Ueber die jugendlichen Arbeiter schweigt sich die Verordnung vom 23. November/17. Dezember 1918 aus. Es kommen für sie nur die Vorschriften der Gewerbeordnung (§ 136) in Frage, wonach jugendliche Arbeiter nicht über achteinhalb Uhr abends beschäftigt werden dürfen.

Sonach ist es weder für Frauen noch jugendliche Arbeiter zulässig, daß sie nach 10 Uhr abends beschäftigt werden. Den Unternehmern sind diese gesetzlichen Bestimmungen bekannt, aber sie denken nicht daran, sie einzubalten; für sie sind Gesetze da, um sie zu durchbrechen, wenn sie ihrem Profitinteresse entgegenstehen. Wenn schon der Standpunkt der Unternehmer zwar verständlich, aber unter keinen Umständen gutgeheißen werden kann, so ist es geradezu ein Skandal, wenn Behörden, die die Einhaltung und Durchführung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Jugendliche und Frauen zu überwachen haben, den Unternehmern in ihren Bestrebungen Vorschub leisten, indem sie den Unternehmern unter Beiseiteziehung der gesetzlichen Bestimmungen gestatten, Frauen und Jugendliche bis 12 Uhr nachts zu beschäftigen. So wird uns berichtet, daß die Regierung in Frankfurt a. d. O. diesbezüglichen Anträgen der Unternehmer bereitwillig entspreche, wenn die Betriebsvertretung ihre Zustimmung gegeben hat, um die deutsche Wirtschaft (des Profits!) gefunden zu lassen! Die Behörden degradieren sich damit zum Handlanger des Kapitals und leisten dem Unternehmertum in ihren arbeitserföndlichen Bestrebungen Vorschub. Kein Wunder, wenn das Vertrauen zu den Behörden in der Bevölkerung immer mehr schwindet. Die Gewerkschaften machen die Deffentlichkeit auf diese Dinge aufmerksam, weil sie typisch sind für die Gegenwart, wo alle dunklen Mächte sich verschworen haben, der Arbeiterklasse alles zu rauben, was ihr seit 1918 an Erleichterungen gegeben worden ist. Wenn nun heute die Gewerkschaften nicht imstande sind, alle Verschlechterungen abzuwehren und manches über sich ergehen lassen müssen, was sie unter anderen Verhältnissen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen würden, so ist es doch bedauerlich und nicht gutzuheißen, wenn Arbeitskollegen aus Verärgerung den Gewerkschaften den Rücken kehren und ins Heer der Unorganisierten und Indifferenten übergehen. Damit leisten sich diese Arbeitskollegen den schlechtesten Dienst und stärken die Macht des Unternehmertums.

Achtung, Drucker! Meidet die Schweiz! Die Drucker befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer haben die Forderungen der Arbeiterklasse abgelehnt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dort größere Streiks ausbrechen. Deshalb, Drucker, übt Solidarität und meidet die Schweiz!

Volkentscheid und Achtstundentag.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes fordert, für die Regelung der Arbeitszeitfrage einen Volkentscheid herbeizuführen, und hat zur Erreichung dieses Zieles an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgenden Antrag gestellt:

„Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes möge umgehend mit dem Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, eventuell auch mit den Vorständen der Spitzenorganisationen anderer Gewerkschaftsrichtungen in Verbindung treten zum Zwecke der Herbeiführung eines in der Reichsverfassung begründeter Volkentscheides resp. Volkentscheides über die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens betr. den Achtstundentag.“

Jugendbewegung.

Die Fragebogen, die das Jugendsekretariat vor einiger Zeit hinausgegeben hat, wurden leider nicht von allen Filialen beantwortet. Die Antworten, die einliefen, zeigen jedoch erfreulicherweise, daß während der furchtbaren Inflationsperiode die Jugendbewegung in unserem Verband durchaus nicht zum Erliegen gekommen ist. Ueber ihre Tätigkeit berichteten 25 selbständige und 8 anderen Jugendorganisationen angeschlossene Jugendgruppen. Darunter befinden sich Berichte wie z. B. aus Leipzig, Plauen, Berlin, Weihen, Wüsteggersdorf und Oppeln, die sich durch Gründlichkeit auszeichnen. Den Berichten nach ist die Jugendbewegung in Leipzig und Plauen vorbildlich.

Es ist an der Zeit, daß auch in anderen Orten nimmehr darangegangen wird, sich der Jugendarbeit wieder mit Nachdruck zu widmen. Vor allen Dingen kommt es jetzt darauf an, nachdem das Frühjahr vor der Tür steht, die Vorbereitungen zur Wandertätigkeit in Angriff zu nehmen. Das Jugendsekretariat legt Wert darauf, wieder engere Föhlung zu den einzelnen Jugendabteilungen zu bekommen. Regelmäßige Berichte der Jugendgruppen des Verbandes sind deshalb dringend erforderlich.

Literatur.

In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes als Antwort auf den gedruckten Bericht über die sogenannte Konferenz der Ortsausschüsse in Weimar, der von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale verbreitet wird, eine Broschüre: Die Rettung vor dem Untergang. Eine Antwort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von Ernst Schulze. — Diese Schrift stellt die zahlreichen Tügen und Entstellungen der kommunistischen Heße gegen die Gewerkschaften klar und sollte deshalb in die weitesten Kreise der Arbeiterklasse getragen werden. Der Vertrieb der Broschüre erfolgt in den nächsten Tagen durch alle Buchhandlungen, die Organisationen und die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berichtigung.

In Nr. 5 unter Adressenänderung muß es statt Zopau: Zschopau heißen. Wir bitten dies zu beachten.

Textilriemen-Weber

ledig, dem bei Fähigkeit Aussicht auf Berufmeisterposten geboten wird, gesucht. Angebote erbeten unter „T.-M. 5“ an die Expedition d. Blattes.

Handdrucker.

Für unsere Zweigniederlassung in Berlin-Röpenick suchen wir tüchtige Handdrucker bei hohen Akkordlöhnen.

Niederberlinische Seidenweberei Feinick & Co., Abtl. Berlin-Röpenick, Gartenstr. 22.

Nur für unsere Mitlieder!

Die Frau und der Sozialismus

von August Bebel.

Ganzleinen gebunden, anstatt 6.— für 8.— Mk. Sittenbilder, französische Revolution von J. Schilowski. Gebunden für —75 Mk. Verpackung und Porto frei. Versand nur gegen Nachnahme. — Nachnahmegebühr 10 Pfennig. Deutscher Textilarbeiter-Verband (Abt. Bucherverband). Berlin D. 27, Magazinstr. 6/7 II.

Verlag: Karl Hübisch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Dreßel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Wählt nur Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu Betriebsräten!